

Überreiter Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der **„Überreiter Volksbote“** erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Anstreger vierteljährlich 3,00, monatlich 1,20 Mt.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 928

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgehaltene Zeitstelle oder deren Raum 60 Pfg., Verlagsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen der nächste Nummer müssen bis 4 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Ämtliches Publikationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 54. Mittwoch, den 5. März 1919. 26. Jahrg.

Die neue Reichsverfassung.

Die Postverbindung mit Weimar ist außerordentlich schlecht. Briefe erreichen uns nur mit mehrtägiger Verspätung. Auch der vorliegende Artikel erfuhr leider diesen Nachschub. Da aber die Verfassungsfrage noch lange nicht erledigt ist, haben die Ausführungen ihre Aktualität nicht verloren.

—st. Weimar, Ende Februar.

Die Hauptaufgabe der deutschen Nationalversammlung in Weimar ist die Schaffung einer neuen Reichsverfassung. In dieser neuen Verfassung soll und muß zunächst fest verankert werden, was die Revolution uns an Erziehungsaufgaben gebracht hat. Darüber hinaus aber soll sie die Bahn weisen für die weitere freiheitliche Entwicklung Deutschlands auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiete. Entspricht nun der von uns ausgearbeitete Entwurf diesen selbstverständlichen Anforderungen? Leider muß die Frage verneint und gleichzeitig gesagt werden, daß dieser Verfassungsentwurf sehr gut kurz vor Ausbruch der Revolution das Licht der Welt hätte erblicken können. Von dem Hauch der Revolution, der alles Alte, Ueberlebte hinwegfegt, verspürt man in diesem Entwurf nur außerordentlich wenig.

Bei der Erörterung des deutschen Verfassungsproblems kommt als erste Frage in Betracht: Einheits- oder Föderativstaat? Es dürfte wohl kaum einen weiterschauenden Menschen geben, der nicht ohne weiteres ausreicht, daß die ideale Staatsform für das neue Deutschland der Einheitsstaat ist. Aller hemmenden Grenzstränge im Innern los und ledig, könnte sich dieser junge Einheitsstaat zu einem wirklichen Volksstaat entwickeln, wobei wäre es mit den heute noch bestehenden Reservatrechten in den verschiedenen Bundesstaaten. Jeder Deutsche würde alle Rechte in Deutschland seine Heimat, ohne daß er erst gewisse Rechte zu erwerben bräuhete. Das wäre ein einziges Deutschland, wie es schon den Vorkämpfern der 1848er Revolution vorschwebte. Leider führt uns der Verfassungsentwurf dem Einheitsstaat auch nicht einen Schritt näher. Im Gegenteil: Der Föderativstaat wird wieder fest verankert. Leider muß gesagt werden, daß die Revolution hier außerordentlich vieles veräuht hat. Sie hätte gleich kraft des ihr innerwohnenden Rechtes aufräumen sollen mit den Einzelstaaten. Dann wären sie verschwunden gewesen und niemand hätte sie wieder auferstehen lassen können. So aber sind die Einzelstaaten, nachdem sie sich zeitgemäße Verfassungen gegeben haben, durch die Revolution wieder in den Sattel gehoben worden und der Partikularismus hat auch in den Reihen unserer Parteigenossen wieder festen Fuß gefaßt. Unter diesen Umständen dürfte es ausgeschlossen sein, den Einheitsstaat einzuführen. Bleiben aber die Einzelstaaten bestehen, dann kann man uns bilbecdern auch nicht verdienen, wenn wir unter Wahrung unserer prinzipiellen Grundbaze für die Selbstständigkeit unseres Freistaates eintreten. Ueber die Gründe, die für diesen Standpunkt sprechen, ist schon mancherlei gesagt worden, so daß wir an dieser Stelle nicht näher darauf eingehen brauchen.

Unter keinen Umständen aber darf aus dem Auge gelassen werden, daß die neue Verfassung den Weg ebnet für den einheitlichen deutschen Nationalstaat. Das geschieht in dem Entwurf nicht. Der Artikel 15 spricht von der Berechtigung des Zusammenschlusses der deutschen Gliedstaaten. Hier muß unter allen Umständen dafür gesorgt werden, daß den Gliedstaaten die bindende Verpflichtung zur Einleitung von Zusammenschlußverhandlungen auferlegt wird. Empfehlenswert wäre es auch, wenn dem Reich die Möglichkeit gegeben wird, hier der treibende Keil zu sein. Denn darüber täusche man sich doch nicht, daß die große Masse des deutschen Volkes den Einheitsstaat will und diesem Willen muß gerade in der jetzigen Zeit mehr denn je Rechnung getragen werden.

Will man dem Einheitsstaat die Wege ebnen, dann ist es notwendig, daß die Zentralgewalt der Republik mit allen Kräften gestärkt wird. Veräuht werden müssen alle Reservatrechte. Weiter muß dafür gesorgt werden, daß neben den bereits in der Verfassung vorgesehenen Fragen mindestens das Verkehrsweesen, das Schulweesen, die Kultuspolitik, die Sozialpolitik und das Wohnungsweesen Sache des Reiches wird. Entzieht man auf diese Weise den Einzelstaaten die Entscheidung über diese Fragen, führt man dazu, daß das Referendum und die Initiative ein, dann dürfte von mancher Widerstand gegen den Einheitsstaat veräuht werden.

Beseitigt werden muß auch die in dem Entwurf vorgesehene Einrichtung des Reichsrates, des bisherigen Staatenausschusses. Wir brauchen im Reich kein Oberhaus. Die ganze Gesetzgebung muß und darf nur in den Händen des Reichstages liegen. Was jetzt geschaffen werden soll, ist nichts anderes, als eine Neuaufhebung des alten Bundesrats, dessen Rechte allerdings etwas bekränkt sind. Bezeichnend ist es, daß im Gegen-

zu dem ursprünglichen Entwurf die Reichsratsmitglieder aus den Regierungen der Einzelstaaten und nicht aus den Volksvertretungen genommen werden sollen. Man kann einwenden, daß ja die Regierungen getragen sein sollen von dem Vertrauen der Volksvertretung und damit des Volkes. Wir möchten heute nicht die Gründe erörtern, die es möglich erscheinen lassen, daß diese Voraussetzungen nicht zutreffen. Um allen Komplikationen vorzubeugen, um auch in den Einzelstaaten das Schwergewicht der Reichspolitik in die Hände der Volksvertretungen zu legen, müssen die Vertreter des Reichsrates — wenn man ihn nicht beseitigen kann — von dem einzelstaatlichen Parlament gewählt werden. Damit ist nicht gesagt, daß man kein Regierungsmittel zu entfordern kann; viellecht empfiehlt es sich sogar. Die Hauptforderung muß also lauten: Fort mit dem Reichsrat als Oberhaus!

Eine weitere nicht umstrittene Frage ist die des Reichspräsidenten. Persönlich stehen wir auf dem Standpunkt, daß man in der deutschen Republik keinen Kaisererth einführen sollte. Die Geschichte spricht gegen die Institution des Reichspräsidenten. Aus dem Präsidenten Napoleon ist z. B. ein Kaiser Napoleon geworden. Es ist natürlich ausgeschlossen, daß bei einem sozialdemokratischen Präsidenten so etwas vorkommen kann; werden wir aber immer einen sozialdemokratischen Präsidenten haben? Wir möchten es nicht bezweifeln. Aber immerhin, es kann auch einmal anders kommen, insbesondere, wenn die Wahl des Präsidenten, wie vorgesehen, vom Volke vorgenommen wird. Da denken wir an einen bürgerlichen Blod gegen uns, denken an die Aufstellung einer populären Persönlichkeit, wie z. B. Hindenburg, und an die Volksstimmung, die bekanntlich nicht immer fest ist. Unter diesen Umständen und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß dem Reichspräsidenten in der Verfassung erhebliche Rechte eingeräumt werden, ist es zweckmäßiger, man ersetzt den Reichspräsidenten durch eine kollegiale Regierung, oder durch eine Einrichtung, wie in der Schweiz, wo sich das System sehr gut bewährt hat. Ob aber diesem Wunsch entsprechen wir, steht angesichts des Umstandes, daß die Meinungen hierüber in den Fraktionen sehr geteilt sind, noch dahin. Darüber, daß in den Einzelstaaten keine ungetrönten Könige oder Fürsten in Gestalt von Landespräsidenten geschaffen werden sollen, besteht in der sozialdemokratischen Fraktion kein Zweifel, ebenso wenig darüber, daß man den Reichspräsidenten nicht, wie es der Entwurf vorsieht, auf die lange Dauer von 7 Jahren wählt.

Als Sozialdemokraten vermissen wir in dem Entwurf die Hervorhebung und überhaupt nur die Erwähnung sozialdemokratischer und sozialer Forderungen. Diese Verfassung, die nicht einmal das 20. Lebensjahr für die Wahlen für Reich, Einzelstaaten und Gemeinden vorsieht, die die Staatsbürgerrechte in den Einzelstaaten zuläßt, ist eine rein bürgerliche; sie enthält kaum einen Tropfen sozialistischer Dels.

Zum Schluß noch eins: Der Entwurf redet von einer Verfassung des Deutschen Reiches. Warum schüts man sich hier vor der doch eigentlich ganz selbstverständlichen Bezeichnung Republik? Die Revolution hat uns die Republik gebracht, nennen wir also das Ding beim rechten Namen. Das ist um so notwendiger, um auch den Ausland gegenüber als das darzustellen, was wir sind, als Republik.

Es bleibt also außerordentlich wenig, was uns an dem Verfassungsentwurf gefällt. Es ist selbstverständlich, daß die sozialdemokratische Fraktion durch ihre Vertreter im Verfassungsausschuß alles daran setzen wird, um aus diesem Entwurf eine Verfassung hervorgehen zu lassen, die den berechtigten Wünschen des großen Teiles des Volkes entspricht und erkennen läßt, daß wir in Deutschland im November v. Js. eine Revolution hatten.

Nationalversammlung.

Weimar, 4. März.

Die Sitzung wurde nach 3 1/2 Uhr eröffnet. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen. Dr. Kahl (DNB.) fragt nach den Schritten der Regierung, um die sofortige Befreiung der vom Feinde zur Verantwortung gezogenen deutschen Werkleiter zu bewirken, die während des Krieges von der deutschen Heeresverwaltung in den besetzten Gebieten Industriematerial angekauft haben.

Ein Regierungskommissar erwidert, daß bei den Alliierten mehrfach Einsprüche gegen die Verhaftungen erhoben worden seien. Ein endgültiger Bescheid sei bisher nicht erfolgt. Arnstadt (DNB.) und Genossen fragen, was die Regierung zur Beseitigung des Papiermangels für die deutsche Presse tun wolle.

Reichswirtschaftsminister Wisjell: Eine befriedigende Papierversorgung der Presse wird erst dann möglich sein, wenn das deutsche Wirtschaftsleben wieder in einigermaßen geordnete Bahnen zurückkehrt.

Diese (DNB.) fragt an wegen der unzureichenden Belieferung der Landwirtschaft mit künstlichen Düngemitteln. Reichswirtschaftsminister Schmidt: Die Regierung ist bemüht, von den Alliierten die Freigabe der Produktion in den besetzten Gebieten zu verlangen und tut auch sonst alles in ihrer Macht stehende.

Denke (IS.): Der kapitalistische Charakter der Verfassung zeigt sich darin, daß Entscheidungen nur gegen Entschädigungen möglich sein sollen. Die Arbeiter leben in dem allgemeinen Wahlrecht nicht ein Mittel, das sie von allem Elend befreien kann. Sie wollen ein besseres, ihre Interessen wahrzunehmen, die Arbeiter- und Soldatenräte. Wir fordern mit allem Nachdruck, daß dem Arbeiter in der Verfassung kein Recht wird. Das Arbeiterrecht bedeutet das Ende der Parlamentarismus. Erst wenn die Arbeiter leben, daß dem Arbeiter die Freiheit erlangen wird, werden sie zurückbleiben. Sie werden vorwiegend niederge schlagen werden können, aber sie werden in immer größerer Kraft wieder aufstehen.

Stresemann (DNB.): Was der Redner erstrebt, ist eigentlich der vollkommen verfallene Zustand. Eins zieht sich durch alle unsere Verhandlungen als Kernpunkt: das Problem Preußen-Deutschland. So hört man immer wieder die heftigen Angriffe gegen Preußen. Gegen die Sonderrechte der lüdensüchtigen Staaten ist man viel zurückhaltender, da der Vertrag mit Preußen unmöglich ist, so bleibt nur übrig, die Aufrechterhaltung der Bundesstaaten, denen man dann aber auch die Möglichkeit der Enttaltung ihrer Eigenarten geben muß. Für die Lösungsaufstellung innerhalb Preußens heißt es: Widerstehe den Anfängen. Man laße Preußen wie es ist. Eine Hegemonie ist nicht mehr vorhanden. In der Verfassung eine Bestimmung zum Schutze der Deutschen im Ausland, da in den letzten Jahren viele Deutsche veräuht wurden. Weiter verschieben wir Bestimmungen über das Recht auf Bildung und Erziehung sowie über das Erbschaftsrecht. Der Gedanke einer sozialen Parlamentarisierung erscheint mir durchaus erwünschenswert, aber dieses herkömmliche Parlament dürfte keine vollziehende Gewalt haben, sondern hätte nur vorbereitende Arbeit zu leisten. Die Vorstufe dazu ist die Arbeitsgemeinschaft zwischen Großindustrie und Gewerkschaft.

Reichsminister Dr. David: Ich habe aus der Debatte den Eindruck gewonnen, als ob man über der Kritik das Große, Gute und Wertvolle vergißt, das uns diese neue Verfassung bringt. Die republikanische Staatsform, die darin festgelegt wird, ist doch keine Kleinigkeit. Wir haben die demokratische Republik, in der die höchste Staatsgewalt beim Volke liegt und unser Wahlrecht ist demokratischer als in irgend einem anderen Lande. Jetzt erst ist die Regierung die volle Verantwortung vor dem Volke. Jetzt haben wir eine wichtige Veränderung gemacht, die man nicht dulden darf, daß man die Verantwortung der Regierung auf den Tag nach dem Wahltag verschiebt, sondern die Verantwortung und damit die Verantwortung des Reiches zum Ausdruck gekommen ist. Auf der Arbeiterdemokratie ruht der starke Zusammenhang des Reiches und sie wird ihn tragen. Dazu ist allerdings nötig, daß neben der politischen Demokratie nun auch die wirtschaftliche ihren Einzug hält, die auch im Verfassungsentwurf zu verankern ist. Ueber der Sozialismus, der den Menschen mit Maschinenwesen aufzuzwingen werden soll, den man mit Recht bezeichnen als den Sozialismus anaktis, tangt wenig. Hier hat das deutsche Volk eine nationale Selbstmission zu erfüllen, sich selbst zum Heile und anderen Völkern zum Vorbild. (Lebhafte Beifall.)

Die Verfassungsvorlage wird an einen Ausschuß von 28 Mitgliedern verwiesen. Nächste Sitzung Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr. Schluß 6,10 Uhr.

Zur Generalfreistreibewegung.

Die Unzufriedenheit, die weite Kreise der Arbeiterchaft erfüllt, ist zum Teil auf die schwere Postlage zurückzuführen, die auf der Arbeiterklasse lastet und die freilich, solange die Blockade dauert und unser Außenhandel nicht wieder in Gang kommt, von keiner Macht der Welt beseitigt werden kann. Aber sicher ist auch eine der wichtigsten Ursachen der Gärung der Unwille der Arbeiterchaft darüber, daß trotz der siegreichen Revolution der Sozialismus für viele zu langsam fortschreitet. Wer sich seit Jahren mit der sozialistischen Gedankenwelt befaßt hat, weiß, daß die wirtschaftliche Umwälzung riesiger Vorarbeit bedarf, daß ein Produktionsprozeß keine Ebenbarkeit verdrängt, ohne selbst die zu schädigen, denen er Hilfe bringen soll. Der Wille, auf Grund unseres Programms aufzubauen, ist nicht zu bestreiten. Ob dieses Bestreben aber durch die Streiks heute gefördert wird, ist zu bezweifeln. Die Idealisten, die frisch drauf los stürmen, dürfen aber auch den Schaden nicht vergessen, den die vielen unläutereren Elemente ihnen verursachen haben.

So zeigt sich wieder in Berlin, wie unsaubere Dazwischengänger jeden Zustand diskreditieren. Es wurden Waffenläden und Goldwarengeschäfte geplündert und mit derartigen Heidentaten hat ein politisch und gewerkschaftlich organisierter Arbeiter nichts gemein. Das ist selbstverständlich, bedarf aber doch der Abwehr gegenüber der wilden Telegrammflut in den bürgerlichen Blättern. In Berlin bestehen jetzt zwei Streikleistungen, in denen drei Richtungen vertreten sind. Da Streikunterstützung nicht bezahlt wird, bringen die Arbeiter erhebliche Opfer.

An dem Streik dürfen nach Beschluß der Räte nicht teilnehmen die Lebensmittelbranche, Feuerweh, das gesamte Sanitätswesen, Gaswerke, Beerdigungsinstitute, sowie Krankenkassen und Gewerkschaftsorganisationen. In den Generalfreistreit treten auf Grund der Beschlüsse u. a. ein: die Verkehrsmittel mit einer kleinen Einschränkung; vollständig freieren: Elektrizitätswerke, Post und Telegraph, Gastwirtschaften und Hotels, Dienstboten und die Presse. In politischer Beziehung wurde grundsätzlich die Anerkennung der Arbeiter- und Soldatenräte gefordert. Ferner wird verlangt die Freilassung aller politischen Gefangenen, insbesondere von Lebedour und Radet, Auflösung des Standgerichts, Wiederaufnahme der politi-

Konsumverein für Lübeck und Umgegend

e. G. m. b. H.

Bezirks - Versammlungen

für die Mitglieder der Warenabgabestellen:

Hüxtertor

am Mittwoch, dem 5. März, abends 7 1/2 Uhr
bei Herrn Gastwirt Ehlers, Hüxstr. 110.

St. Lorenz Süd

am Donnerstag, dem 6. März, abends 7 1/2 Uhr
in der Himmelsleiter, Margaretenstraße.

Vorwerk

am Donnerstag, dem 6. März, abends 7 1/2 Uhr
bei Herrn Gastwirt Fr. Leeke.

Seeretz

am Freitag, dem 7. März, abends 7 Uhr
bei Herrn Gastwirt Emil Cordts.

Kronsforder Allee

am Freitag, dem 7. März, abends 7 1/2 Uhr
bei Herrn Gastw. Bahmann, Geniner Str. 54.

Am Klosterhof

am Freitag, dem 7. März, abends 7 1/2 Uhr
in Adlershorst.

Schlutup

am Mittwoch, dem 5. März, abends 7 1/2 Uhr
im Gasthof „Zur Linde“.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Geschäftsbericht.
2. Wahlen zum Genossenschaftsrat.

Nachdem seit längerer Zeit die Bezirksversammlungen nicht haben stattfinden können, erwarten wir zahlreichen Besuch der Mitglieder und deren Frauen. (10031)

Der Vorstand.

Achtung!

Deutsch. Bauarbeiterverbd.

Bezirksverein Lübeck.

Mitglieder - Versammlung

am Donnerstag, dem 6. März 1919
abends 7 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52

Tagesordnung:

1. Soll der Tarif im Baugewerbe auf der alten Grundlage verlängert werden?
2. Wahl der Delegierten zur Gaukonferenz.
3. Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstag.
4. Unser Ortsstatut.
5. Verschiedenes.

NB. Es ist Pflicht aller Kollegen im Hoch- und Tiefbau, zu dieser Versammlung zu erscheinen.

(10038)

Der Vorstand.



Arbeiter-Turn-Verein Schlutup.

Einladung zum

7. Stiftungs-Fest

am Sonnabend, dem 8. März
im Lokale Gasthof zur Post.

Anfang 6 1/2 Uhr. Ende 1 Uhr.

Alle Bundesvereine sind höflichst eingeladen.

Um rege Beteiligung ersucht. (10048)

Das Festkomitee.

Großer Ball

am Donnerstag, dem 6. März
im Friedrichshof

verbunden mit Kappenfest.

Anfang 6 Uhr. Ende 1 Uhr. Hierzu ladet freundlichst ein

Klub der Einigkeit. (10077)

Adlershorst.

Morgen Donnerstag:

Großer Ball.

(10042)

Anfang 6 Uhr.

4. Komp. 1162

Linoleumläufer

eingetroffen.

Verkauf billigst.

Rudolph
Karstadt

Lübeck.

Komm.-Ges.

10056

Brennholz

in Kloben von 20 cm Länge zum Preise von
6 Mark per Rentner frei Haus, sowie ab Lager

Mühlenstraße 48, bieten an

Piehl & Fehling
Kohlen-Abteilung. Mühlenstraße 48.
10062) Fernsprecher 1033.

Atelier „Ideal“

10038) 39 Breitestr. 39, Haus Hirschfeld.

Beste Bezugsquelle f. Bilder u. Postkarten zu kleinen Preisen.
12 Bist. mit einer Vergrößerung, 18x24, 11 Mk.
6 Rabinett „ „ „ „ „ „ „ „ 12 Mk.
12 Postkarten von 5 Mk. an. Spezialität Vergrößerungen.

Achtung Gastwirte!

Kollegen, welche Strafbefehle wegen Ueberschreitung der Polizeistunde erhalten haben, wollen wegen dieser unverzüglich gerichtliche Entscheidung beantragen und ihre Adresse beim Kollegen Boger, Fleischerhauerstraße, mitteilen. (10063)

Der Arbeitsausschuß beider Wirtvereine.

Hotel Lübecker Hof.

10044) Bad Schwartau.
Sonnabend, den 8. März:
Gr. Volks-Maskerade.

In die Arbeitslosen!

Die Zahl der Arbeitslosen ist auch in unserer Stadt sehr erheblich. Das Land dagegen erhebt immer dringlicher den Ruf nach Arbeitskräften und weist darauf hin, daß eine rechtzeitige und sorgfältige Frühlingsbestellung, eine ausreichende Pflege der Saaten und eine reifliche Bergung der zu erwartenden Ernte nur möglich sein wird, wenn ausreichend arbeitswillige Kräfte zur Verfügung stehen. Die hier bevorstehenden, ungewöhnlich bedeutungsvollen Aufgaben erheischen dringend eine alsbaldige befriedigende Lösung. Die Sorge vieler Arbeitsloser, Landarbeit zu übernehmen, muß überwunden werden. Auch die Landwirtschaft hat sich den Zeitverhältnissen angepaßt. Die Löhne sind überall wesentlich erhöht; auch die Unterkunftsverhältnisse sind an manchen Stellen bereits verbessert. Die Rechtsverhältnisse auf dem Lande haben durch die Aufhebung der Gefindeordnungen eine völlige Umgestaltung erfahren. Die Gründe, die bisher für viele der Aufnahme von Landarbeit entgegenstanden haben, sind somit beseitigt oder ganz wesentlich gemildert. Das Volkswohl auf der anderen Seite erfordert dringend, daß es der Landwirtschaft nicht an den erforderlichen Arbeitskräften fehlt.

Der öffentliche Arbeitsnachweis, Untertrave 104, ist in der Lage, geeignete Stellen nachzuweisen; er ist über die Arbeitsbedingungen genau unterrichtet. Es ist erwünscht, daß sich vorzugsweise Leute melden, die bereits auf dem Lande gearbeitet haben und mit Landarbeit vertraut sind, aber auch jede andere Kraft, die bereit ist zu helfen, ist willkommen.

Arbeitslose, es ist ein unerträglicher Zustand, daß in der Stadt dauernd Tausende feiern, und auf dem Lande Kräfte fehlen, die zur Sicherung der Volksernährung so dringend notwendig sind.

Arbeitslose, tragt diesen Verhältnissen Rechnung und meldet Euch freiwillig zur Aufnahme landwirtschaftlicher Arbeit.

Meldungen werden im öffentlichen Arbeitsnachweis im Hauptgebäude des Arbeitsamtes, Untertrave 104, Erdgeschoss, Zimmer 4, werktätlich (außer Sonnabends) von 4-5 Uhr entgegen genommen.

Lübeck, den 1. März 1919.

Dr. Link,

Staatskommissar für die wirtschaftliche Demobilisierung

und die Mitglieder des landwirtschaftlichen Ausschusses bei dem Demobilisierungskommissar:

Landmann Henk,

Geschäftsführer Peckelhoff

als Arbeitgebervertreter.

Landarbeiter Brede,

Feddern

als Arbeitnehmervertreter.

Zur Beachtung!

Aus einem Schreiben des Staatskommissars des Reichsernährungsamtes:

„Ich habe die in Frage kommenden bewirtschaftenden Reichsstellen, nämlich die Reichsgetreidestelle, die Reichskartoffelstelle, die Reichsstelle für Vieh und Fleisch und die Reichsstelle für Speisefette, angewiesen und ermächtigt, Arbeiter, die in landwirtschaftlichen Selbstversorgerbetrieben Arbeit nehmen und nach den jetzigen gesetzlichen Bestimmungen noch keinen Anspruch auf die Ration der Selbstversorger haben, künftig für die Dauer des Beschäftigungsverhältnisses als Selbstversorger zu behandeln und hiernach das Weitere zu veranlassen.“

Aufruf

der

Anwerbungsstelle Baltienland.

Russisch-bolschewistische Banden bringen ins Baltienland und gegen unsere Heimat vor. Der Generalbevollmächtigte des Deutschen Reiches für die baltischen Lande, August Winnig, stellt daher zusammen mit dem Kriegsministerium

Freiwilligenverbände

auf. Da diese nur in baltischen Landen verwandt werden, sind die Bedingungen besonders günstig. Bei mobiler Wohnung, Reichs- und Landeszulagen, sowie Kreuzprämien, welche für jeden Mann zusammen

monatlich mindestens 330.— Mark

betragen, besteht die Möglichkeit der Ansiedlung auf eigenem Boden und Gründung einer Erbsitzung in den baltischen Landen.

Familienunterstützungen werden weitergezahlt. Monatliche Kündigungsfreit wie bei den Grenzschutztruppen. Meldungen werden entgegen genommen, alle Einzelheiten sind zu erfragen im

Waldbüro:

Lübeck, Breite Straße 36, part.

Die Reichsregierung.

J. A. August Winnig,

Generalbevollmächtigter des Deutschen Reiches für die baltischen Lande. (10035)

Kastenblockwagen

besonders stark, billig. (10060)

Beckergrube 5 II.

Kegelklub Gut Holz, Kücknitz

Sonnabend, den 8. März 1919
Gr. Masken-Ball

verbunden mit Kappenfest für Zuschauer im Lokale des Herrn Dieckelma in Kücknitz.

Lotharöffn. 6 Uhr. Anfang 7 Uhr. Herren 2 Mk., Damen 1 Mk. Maskenkostüme und Koppen im Lokale zu haben. (10061)

Die zwei schönsten Damensherren-Masken erhalten je ein Preis. Das Komitee.

Masken-Ball

der Fackenburg Liedertafel am Sonnabend, d. 8. März

im Lokale des Herrn L. Paetz Fackenburg.

Eintritt für Herren 2 Mk., eine Dame frei. Masken 1 Mk.

Anfang des Baller 7 Uhr. Rassenöffnung 8 1/2 Uhr. Maskenzug um 8 Uhr.

Sterzu ladet freundlichst ein. (10070) Der Vorstand

Hansa-Theater

Donnerstag, abends 7 Uhr
Goldschmieds Töchterlein.

Operette v. Harry Hauptmann
Freitag: (10071)
Tanzabend Gertrud Falk

Sonnabend:
Gastspiel Trude Steinhage
Die lustige Witwe

Stadttheater Lübeck

Spielzeit 1918/19.
Mittwoch, den 5. März:
20. Vorstellung im Mittwoch-Abonnement.

Waldrieden. Erster Klasse

Medaille.
von Ludwig Thoma.
Donnerstag, den 6. März
für die Schauspielergemeinde Rote Karten.

Zwischenspiel

Freitag, den 7. März:
Violetta (La Traviata)

Sonnabend, den 8. März:
Die Fledermaus

